

Solaranlagen für Kuba – Beispiel internationaler Solidarität

Sachstandsbericht der InterRed-Initiative zum 15.03. 2022

Die erste Solar-Energie-Anlage, die wir als Kuba-Solidaritäts-Initiative InterRed nach Havanna schicken, ist jetzt endlich per Schiff über den Atlantik unterwegs.¹ Es ist die erste Ausbaustufe, der in Zukunft weitere Module für die Erzeugung von Sonnenenergie auf den Dächern des medizintechnologischen Instituts CIM folgen sollen. Die Anlage mit einer Leistung von 100 kWp (Kilowatt Peak) wird auf Kuba jährlich rund 150.000 Kilowattstunden pro Jahr erzeugen. Strom, der zuverlässig ohne Abschaltungen produziert wird und für den keine fossilen Brennstoffe verfeuert werden müssen.

Von der nächsten Ausbaustufe mit weiteren 50 kWp trennen uns jetzt nur noch fehlende Spenden in Höhe von rund 7.000 Euro. In die vor knapp zwei Wochen losgeschickte Anlage sind inklusive Steuerungstechnik und Aufbauhilfe rund 86.000 Euro geflossen. Die Maschinerie für die nächsten 50 kWp wird billiger, weil ein Teil der Infrastruktur jetzt schon installiert wird. Also: Spendet, damit die Aufstockung um 50 Prozent auf eine Jahresleistung von 225.000 Kilowattstunden noch dieses Frühjahr stattfinden kann! Ein Euro für Solarenergie für Kuba hat die doppelte Wirkung von Klimaschutzinvestitionen in Deutschland: Erstens kommt in Havanna mehr Sonnenenergie auf den Kollektoren an und zweitens ersetzt sie dort deutlich schlechtere Altanlagen mit fossilen Brennstoffen.

Die 100-kWp-Anlage als erster Teil des Soli-Projekts wurde vom Unternehmen Aschoff Solar aus Mittelfranken produziert. Die Teile, die genau einen 40-Fuß-Container füllen, wurden bei unserem Logistikdienstleister in Bremen gesammelt. Sie sollten am 21. oder 22. Februar in den Container geladen und zu einem Schiff in Hamburg transportiert werden. Doch dann schlugen erst einmal die Kuba-Blockade der USA und die Bündnistreue des deutschen Staats zu. Direkt vor der geplanten Verladung kam der deutsche Zoll zu einer Kontrolle – offenbar um zu überprüfen, ob die US-Embargorichtlinien eingehalten werden. „Zufällig“ dauerte die Kontrolle so lange, dass das ursprünglich gebuchte Schiff nicht mehr zu erreichen war. Unser Logistiker hat den Container dann auf ein anderes Schiff umgebucht, so dass die Verzögerung der Lieferung nur knapp 14 Tage beträgt. Allerdings hat uns die USA-Freundlichkeit des Zolls Mehrkosten von rund 2.200 Euro beschert. Laut Fahrplan und mit einmal Umladen in Mexiko wird der Container mit der Solar-Anlage Ende März im kubanischen Hafen Mariel ankommen. Für den Aufbau und Anschluss der Anlage durch kubanische Handwerker und zwei Spezialisten von Aschoff werden zwei Wochen veranschlagt. Wenn alles glatt läuft, sollten die Solar-Panele also ab Ende April oder Anfang Mai Strom liefern.

Kurz vor dem ursprünglich geplanten Verladetermin hatten wir am 21.2. vor Ort in Bremen eine Öffentlichkeitsaktion, die gut lief, obwohl sie nur in einer La-

¹ Die Anlage war bei Redaktionsschluss in Kuba eingetroffen und ist inzwischen installiert. Zum aktuellen Stand sh. www.InterRed-org.de. (Anm. d. Red.)

gerhalle (dort vor den Anlageteilen) stattfand. Die Lokalzeitung Weser Kurier und Radio Bremen waren vor Ort, um über das Projekt zu berichten. Sowohl Lothar Reininger und Hilmi Tozan von InterRed wie auch Vertreter:innen der Initiative „Bremen-Cuba: Solidarität konkret“ und des Bremer Friedensforums waren mit Solidaritätstransparenten vertreten. Wir mit dem berühmten Che-Guevara-Zitat „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“. Die beiden Bremer Organisationen gehören zu den Unterstützern des Solar-Projekts. Lothar unterstrich auch ihnen gegenüber, dass wir jetzt eine bundesweite Kampagne für die nächste Ausbaustufe der Anlage starten. Wir als InterRed wollen Initiativen und potenzielle Spender ansprechen, um sehr schnell die fehlenden Spendengelder aufzutreiben und dabei gleichzeitig für Solidarität mit Kuba und seinem sozialen Gesellschaftsmodell werben.

Auf dem Spendenkonto sieht es derzeit so aus: Die jetzt über den Atlantik transportierte 100-kWp-Anlage kostet uns inklusive Aufbau und dem vom Zoll verursachten Transportaufpreis rund 86.000 Euro. Wir haben Stand heute aber bereits 113.000 Euro für das Alternativ-Energie-Projekt eingesammelt, also bereits 27.000 Euro für den nächsten Schritt. Die geplante Vergrößerung der Solar-Anlage um 50 Prozent wird etwa 34.000 Euro kosten – so berechnet sich der dringende Bedarf nach weiteren 7.000 Euro Spenden.

Wie viele von euch bereits wissen, wird die Solar-Energie-Anlage auf Dächern des „Zentrums für Molekulare Immunologie“ (Centro de Immunologia Molecular, CIM) im Westen Havannas errichtet und unterstützt damit auch die medizinische Versorgung der Kubaner. Das CIM ist Forschungszentrum und Produktionsbetrieb in einem, so dass die Sonnenenergie eine Arzneimittel-Herstellung ohne Unterbrechungen durch Stromausfall sichert. Auf den ausgedehnten Dachflächen des Centro ist Platz für eine 10-mal so große Anlage.

Das CIM spielt neben zwei anderen Instituten eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der kubanischen Anti-Corona-Impfstoffe Soberana-02 sowie Soberana Plus und damit bei der Bekämpfung der weltweiten Pandemie sowohl auf der Karibikinsel wie in anderen Dritte-Welt-Ländern, die Kuba mit den Covid-Impfstoffen versorgt. Auf Kuba sind dank der selbst entwickelten Vakzine bereits 87 Prozent der Einwohner mehrfach geimpft – ein Rekordwert für ein Land der Dritten Welt. Die kubanischen Impfstoffe basieren auf erprobten Vakzinen, die sich im Einsatz gegen andere Krankheiten wie etwa Tetanus und Hepatitis bewährt haben. Das CIM hat bei der nötigen Anpassung dieser Wirkstoffe die Technik für die schnelle Herstellung spezieller rekombinanter Proteine² beigetragen.

Das Immunologie-Zentrum entwickelt und produziert vor allem andere Medikamente. Dazu zählen mehrere Arzneimittel für Immuntherapien gegen Krebs, aber unter anderem auch Pharmazeutika gegen Autoimmunerkrankungen sowie gegen Anämie als Folge von HIV. Mit CIM-Produkten werden Patienten auf Kuba sowie in über 30 weiteren Ländern behandelt. Das CIM ist organisatorisch

² Eiweiße, die mit Hilfe von gentechnisch veränderten (Mikro-)Organismen hergestellt werden. (Anm. d. Red.)

Teil von BioCubaFarma, das rund 30 staatliche Unternehmen der kubanischen Biotechnologie und Arzneimittel-Produktion zusammenfasst.

Kuba hat ein hochentwickeltes Gesundheitswesen. Dort kommt laut WHO ein Arzt auf 120 Einwohner, während die Quote in Deutschland nur bei 1 zu 220 liegt. Die gute Gesundheitsfürsorge wird unter anderem daran sichtbar, dass die Säuglingssterblichkeit laut WHO nur halb so hoch ist wie in den USA. Um die elf Millionen Kubaner kümmern sich Familienärzte und Krankenpfleger in allen Stadtteilen sowie mehr als 11.000 Arztpraxen und 450 Polikliniken. Das Gesundheitswesen wird allerdings ebenso wie andere Bereiche der kubanischen Gesellschaft hart von der seit Anfang der 60er Jahre ausgeübten Wirtschaftsblockade der USA getroffen. Diese Blockade wurde in den vergangenen Jahren von den Regierungen Trump und Biden noch weiter verschärft. Sie trifft zunehmend auch europäische Unternehmen, die deshalb keine medizinischen Produkte und auch keine Ausgangsprodukte für die Impfstoffproduktion nach Kuba mehr verkaufen.

Wir, also die Initiative Netzwerk InterRed Cooperación e.V. aus Frankfurt am Main, unterstützen Kuba in diesem Jahr seit genau 30 Jahren beim verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien. Im ersten Schritt finanzierten wir Anfang der 90er Jahren Material für den Betrieb vorhandener kleiner Wasserkraftwerke, die angesichts der US-amerikanischen Blockade und dem dadurch ausgelösten Ersatzteilmangel vorher vom Netz genommen werden mussten. Danach förderte InterRed Biogas-Projekte auf Kuba – sowohl kleine Anlagen für Privathäuser als auch größere Anlagen etwa für eine Schulkantine. Außerdem unterstützten wir eine große Rollstuhl-Werkstatt des Behinderten-Selbsthilfefverbands ACLIFIM in Havanna sowie ein Krankenhaus durch Sachspenden in Form von mehreren hundert gebrauchten Rollstühlen, Ersatzteilen, Klinkbetten und anderen Reha-Hilfsmitteln für gehandicapte Menschen. Seit 1992 handelt InterRed als spendenfinanzierte Organisation nach dem Motto: „Wir wollen Kuba helfen, seinen eigenen Entwicklungsweg zu einer solidarischen Gesellschaft zu gehen, den Umweltschutz zu verbessern und die Folgen der US-Blockade und des ungerechten Welthandels zu bewältigen.“³

Lothar Reininger / Willi van Ooyen

Zur Klimapolitik Chinas

Frankfurt am Main, 26. März 2022

Bei einer gemeinsamen (coronabedingt: Hybrid-) Tagung von Marx-Engels-Stiftung e.V. (Wuppertal), Heinz-Jung-Stiftung (Frankfurt/M.), dem Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw, München), und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, zum Thema „Klimapolitik Chinas“ standen fünf

³ Informationen: www.InterRed-org.de, Mail: info@InterRed-org.de. Spendenkonto: Netzwerk InterRed Cooperación e.V., Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE50 5502 0500 0007 6002 00, BIC: BFSWDE33MNZ.

Impulsreferate zur Diskussion der insgesamt etwa 50 Teilnehmenden. Neben der Klimapolitik Chinas wurden auch allgemeinere Aspekte der chinesischen Umweltpolitik besprochen. Es referierten durch entsprechende Publikationen und Forschungsaufenthalte in China ausgewiesene Expert:innen: *Marcel Kunzmann* (Berlin) gab einen allgemeinen Überblick zu Umweltproblemen und Umweltschutz in China; *Dr. Eva Sternfeld* (Beijing/Berlin) stellte Entwicklung und Determinanten der chinesischen Klimapolitik dar; *Dr. Uwe Behrens* (Berlin) informierte über Chinas Umgang mit der Klimafrage im Kontext der Belt & Road-Initiative, *Franz Garnreiter* (Rosenheim) fragte, ob die chinesische Klimapolitik als Vorbild für Länder des Südens taugt, und *Wolfgang Müller* (München) wandte sich „Ziel und Interessenkonflikten“ in der chinesischen Klima- und Umweltpolitik zu. *Martin Lüer* sorgte für reibungslosen Ablauf und Aufzeichnung der Veranstaltung.

China hat eine sehr viel emissionsintensivere Wirtschaft (CO₂/BIP) als die allermeisten anderen Länder. Extrem hohe Emissionslastigkeit der eingesetzten Energieträger sind die Auswirkungen der hohen Industrielastigkeit der Bruttoinlandsproduktion (BIP) und der hohen Wachstumsraten. Auf China entfallen 40 Prozent aller globalen CO₂-Emissionen, die Stromerzeugung basiert noch zu 60 Prozent auf Kohle, über 50 Prozent der Weltproduktion von Stahl, Aluminium, Zement entfallen auf China. Seine Emissionen pro Kopf (CO₂) liegen nach einem fulminanten Anstieg in der Zeit zwischen 2000 und 2012 heute um die Hälfte über dem Weltdurchschnitt. Andererseits entfallen heute über 50 Prozent der weltweit installierten erneuerbaren Energiekapazitäten auf China. Die aufgebauten Wind- und Solarparks erbringen über 50 Prozent der neu ans Netz gegangenen Stromkapazität. China will 2060 klimaneutral sein, die CO₂-Emissionen sollen nur noch bis 2030 steigen. China ist kein Klimawandelleugner – Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels werden seit Dekaden beobachtet und Adaptationsstrategien entwickelt.

Wie alle Länder des globalen Südens befindet sich auch China immer noch in einer Industrialisierungs- und Urbanisierungsphase, vor der noch die enormen Aufgaben stehen, die Wirtschaft zu entwickeln und die Lebensgrundlagen der Menschen zu verbessern, was bedeutet, dass der Energieverbrauch weiter steigen wird. Chinas Erfolg bei der Überwindung der Armut war/ist einmalig und vorbildlich. Doch ist dies aufgrund des hohen Beitrags zur Klimazerstörung kritisch zu hinterfragen. Kann China diesbezüglich Modell und Vorbild für andere Länder des globalen Südens sein? Umweltschutz und Kampf gegen Klimawandel sind heute zentrale Elemente der chinesischen Entwicklungsstrategie. Trotz der klaren Tendenz zu mehr Umweltbewusstsein ist die bisherige Bilanz eher durchwachsen. China sieht sich vor der Herausforderung, seine Wachstumsziele mit seinen im Pariser Abkommen verbindlich erklärten Klimazielen in Einklang zu bringen.

Die aufgezeichneten Vorträge können im Internet aufgerufen werden: *Marcel Kunzmann*, Umwelt(schutz) in China: <https://youtu.be/oThuDo9F0PA>; *Eva Sternfeld*, Chinas Klimapolitik – Entwicklung und Einflussfaktoren: <https://youtu.be/fqBJcDYxx3I>; *Uwe Behrens*, Chinas Umgang mit der Klima-

frage in der B&R- Initiative: https://youtu.be/h3ohMo9TB_0; *Franz Garnreiter*, China – Vorbild bei der Armutsbekämpfung! Vorbild auch beim Klimaschutz? <https://youtu.be/fAbKNqeJvdY>; *Wolfgang Müller*, Zielkonflikte und Interessenskonflikte im Umgang mit den Klimaproblemen in China: <https://youtu.be/Ca6HOhTyXkw>.

Willy Sabautzki

Antikriegs-Jugendkonferenz

Frankfurt am Main, 23. April 2022, Gewerkschaftshaus

Seit der weiteren Eskalation des Ukrainekrieges haben wir es in Deutschland mit einer militaristisch aufgeheizten Stimmung in bisher nicht dagewesenem Ausmaß zu tun. Bis in Teile der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung hinein wird nach Aufrüstung, Schulterchluss mit der NATO und Waffenlieferungen in die Ukraine gerufen.

Umso erfreulicher deshalb, dass am 23. April, also nur gut zwei Monate nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar, in Frankfurt a.M. eine „Antikriegs-Jugendkonferenz“ zustande kam. Über 300 Jugendliche fanden sich im DGB Haus Frankfurt/M. ein, um über den deutschen Militarismus zu diskutieren – vor allem aber darüber, wie man gegen ihn hier in Deutschland aktiv werden kann. Zu diesem Anlass hatte ein breites Bündnis von Jugendorganisationen unter dem Motto „Jugend gegen Krieg!“ zusammengefunden. Organisatoren waren u.a. die DIDF Jugend, die GEW Jugend NRW und die Naturfreundejugend NRW, die SDAJ, der SDS und andere Jugendorganisationen. Dass ein solch großes antimilitaristisches Bündnis gegenwärtig alles andere als selbstverständlich ist, zeigt auch die Auseinandersetzung innerhalb von ver.di, die zu Beginn der Konferenz dargelegt wurde: Zu den Erstunterzeichnern des Konferenzaufrufs zählten mehrere Gliederungen der ver.di-Jugend. Diese wurden mit Drängen des Verdi-Bundesvorstands zur Rücknahme der Unterzeichnung gezwungen. Dagegen initiierten anwesende Verdi Jugendmitglieder von Ver.di nun einen Offenen Brief, der über die Website des Bündnisses unterzeichnet werden kann

Nichtsdestotrotz gelang es den Veranstaltern ein vielfältiges wissenschaftliches und praxisnahes Programm auf die Beine zu stellen: Nach der Eröffnung der Konferenz durch *Andrea Hornung* (Bundesvorsitzende SDAJ) und *Yusuf Karaaslan* (SprecherInnenrat Solid Hessen) sprach zunächst *Sevim Dağdelen* (MdB DIE LINKE). Sie skizzierte in ihrer Rede die Aufgabe der deutschen Friedensbewegung angesichts der Aufrüstungs- und Kriegshetze, und sparte dabei auch die Schwierigkeiten ihrer Partei mit einem klaren Antikriegskurs nicht aus. Im Anschluss an ihre Rede begannen die vier Expertengespräche, die jeweils zweimal stattfanden und so jedem Teilnehmer den Besuch zweier Runden ermöglichten.

Jörg Kronauer, Journalist und Autor vor allem zur deutschen internationalen Politik, referierte zu den politischen und ökonomischen Zielen der deutschen „Auslandseinsätze“ in den letzten 30 Jahren. Deren geostrategische Zielsetzung

habe in den letzten Jahren vor allem in der „Absicherung“ der an die EU angrenzenden Räume – Balkan, Nordafrika, Vorderasien – gedient. Diese „Absicherung“ schlieÙe dabei die Einflussnahme auf politische Regime ein und betreffe u.a. Rohstoffquellen, Handelswege und Migrationsräume – alles im Sinne der eigenen geopolitischen und ökonomischen Interessen.

Jürgen Wagner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Informationsstelle Militarisierung“ (Tübingen), berichtete über die deutsche Aufrüstungspolitik. Er umriss drei Phasen der Aufrüstung seit den 1990er Jahren: In der ersten Phase nach 1990 hätte sich die deutsche Aufrüstung nach dem Kalten Krieg wieder „normalisiert“. In der zweiten Phase ab 2014 attestierte sich die Bundesrepublik selbst neue „Weltmachansprüche“ (u.a. beschrieben in den Weißbüchern der Bundeswehr). Seit der Scholz’schen „Zeitenwende“ müsse man von einer neuen Phase sprechen, in der sich die Gelegenheit für ein nie dagewesenes Aufrüstungsprogramm biete. Davon würde vor allem die eigene Rüstungsindustrie profitieren, denn vorrangiges Ziel sei es immer (trotz Einkäufe bei „Partnern“ wie den USA) einen großen Teil der Rüstung im eigenen Land zu produzieren. Klar sei zudem, dass die Aufrüstung zu Lasten der Sozialpolitik nach innen „gegenfinanziert“ werde. Kampf gegen die Aufrüstung ist also zugleich Kampf gegen Sozialabbau.

An diesen Komplex schloss thematisch die Politikwissenschaftlerin *Renate Dillmann* (Herdecke) an. Sie diskutierte mit den Teilnehmern kontrovers die Möglichkeiten und Grenzen des Kampfes gegen Aufrüstung und Sozialabbau.

Horst Schmitthenner (Frankfurt/M.) bis 2003 im Vorstand der IG Metall, widmete seine Gesprächsrunde dem Thema Rüstungskonversion. Er macht zunächst deutlich, dass das Thema innerhalb der Gewerkschaft stärker gesetzt ist, als es die mangelnde Aufmerksamkeit dafür vermuten lässt: An den Vorstand angeschlossen ist ein ständig arbeitender Arbeitskreis zur Konversion, an dem auch Betriebsräte aus der Rüstungsindustrie beteiligt sind. Zudem gibt es weitreichende Beschlüsse verschiedener IG Metall Kongresse zum Konversions-Thema. Woran es fehlt, so Schmitthenner, sei politisches Bewusstsein und Arbeit auf diesem Feld an der Basis der Gewerkschaft. Nur über ihren Druck könne man die tatsächliche Umsetzung genannter Beschlüsse im Schulterschluss mit der Friedensbewegung erzwingen.

Im Anschluss an die Expertengespräche bot die Konferenz eine breite Palette an Workshops, die sich vor allem mit der konkreten antimilitaristischen Praxis befassten. Nach Abschluss des inhaltlichen Programms verabschiedete die Konferenz eine Resolution, die Ausgangspunkt von politischen Aktionen in den kommenden Monaten, u. a. am 8. Mai, dem Tag der Grundgesetzänderung für die 100 Milliarden, und am 1. September (Antikriegs-Tag) sein soll (nachzulesen: <https://www.jugendgegenkrieg.info/>).

Michael Henkes